

WIRTSCHAFTSPOLITIK | DACH-VERGLEICH 2000-2025

Wie findet Österreich zurück zu den erfolgreichen ersten 15 Jahren?

Österreich ist noch immer ein reiches Land. Doch der Vergleich mit Deutschland und der Schweiz zeigt ein zunehmend unangenehmes Muster: Die reale Wirtschaftsleistung pro Kopf stagniert seit Jahren, die Produktivität kommt kaum voran, während Arbeitskosten, Preise, Abgaben und Staatsschulden hoch bleiben. Das Problem ist nicht fehlender Wohlstand. Das Problem ist die schwindende Fähigkeit, neuen Wohlstand effizient zu erzeugen.

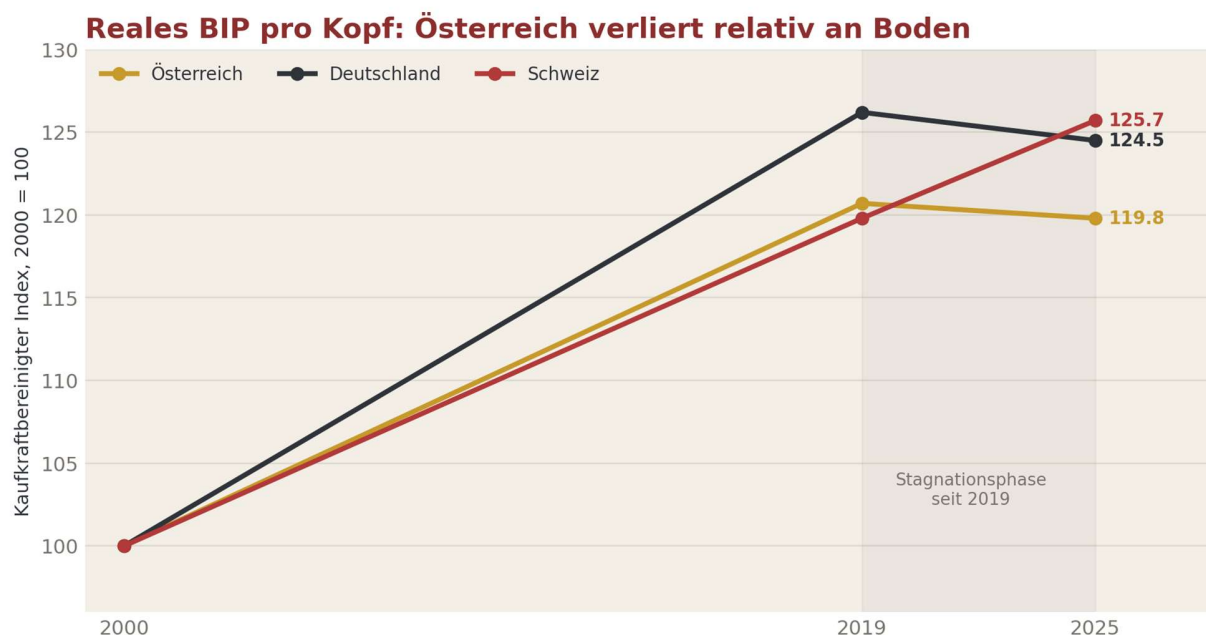


Abb. 1 | Reales BIP pro Kopf. Kaufkraftbereinigter Index, 2000 = 100. Quelle: OECD National Accounts.

Es gibt zwei Arten, die wirtschaftliche Lage Österreichs falsch einzuschätzen. Die erste besteht darin, das Land schlechtzureden. Österreich verfügt weiterhin über eine starke industrielle Basis, qualifizierte Arbeitskräfte, funktionierende Institutionen und ein hohes materielles Wohlstandsniveau.

Die zweite Fehleinschätzung ist gefährlicher: Aus diesem vorhandenen Wohlstand abzuleiten, dass auch der Mechanismus, der ihn erzeugt, weiterhin problemlos funktioniert.

Der Drei-Länder-Vergleich zeigt kein Bild eines wirtschaftlichen Absturzes. Er zeigt etwas subtiler Beunruhigendes: Mehrere zentrale Größen haben sich gleichzeitig in eine ungünstige Richtung bewegt.

1 | Wohlstand: Der Vorsprung gegenüber Deutschland ist fast verschwunden

Setzt man das reale, kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf im Jahr 2000 in jedem Land auf 100, erreicht Österreich 2025 rund 119,8. Deutschland kommt auf rund 124,5, die Schweiz auf rund 125,7. Österreich hat also realen Pro-Kopf-Wohlstand aufgebaut, aber langsamer als beide Vergleichsländer.

Besonders auffällig ist die Zeit seit 2019: Österreich liegt 2025 real pro Kopf rund 0,8 Prozent unter dem Niveau von 2019, Deutschland rund 1,3 Prozent darunter. Die Schweiz liegt dagegen ungefähr 5 Prozent darüber.

Das ist die erste wichtige Trennung: Österreich ist nicht verarmt. Es startete aber mit einem realen Pro-Kopf-Vorsprung gegenüber Deutschland und hat einen beträchtlichen Teil dieses relativen Vorsprungs eingebüßt.

Österreich besitzt Wohlstand. Aber der Vorsprung erneuert sich nicht mehr von selbst.

2 | Produktivität: Hier beginnt die eigentliche Warnung

Zwischen 2000 und 2024 steigt die reale Wirtschaftsleistung je Arbeitsstunde in Österreich um rund 24 Prozent. Deutschland kommt auf knapp 22 Prozent, die Schweiz auf rund 32 Prozent. Langfristig ist Österreich damit keineswegs ein Produktivitätsversager.

Der kritische Punkt liegt am Ende der Kurve. Zwischen 2020 und 2024 wächst die reale Stundenproduktivität in Österreich nur um rund 0,8 Prozent, in Deutschland um rund 0,4 Prozent. Die Schweiz legt dagegen um rund 5,3 Prozent zu.

Hohe Löhne sind ökonomisch nicht das Problem. Ein Hochlohnland kann ausgesprochen wettbewerbsfähig sein. Problematisch wird es, wenn die Kosten einer Arbeitsstunde dauerhaft schneller steigen als der reale Output dieser Stunde.

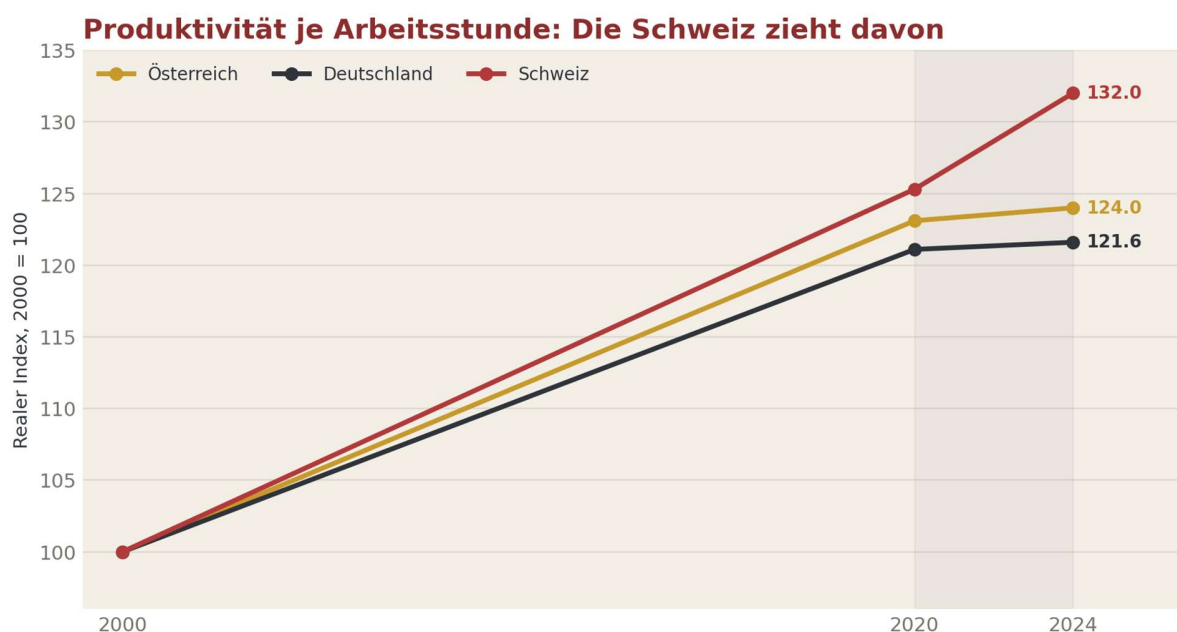


Abb. 2 | Reale Arbeitsproduktivität je Stunde. Quelle: OECD Productivity Database; Index 2000 = 100.

3 | Arbeitskosten: Aus einem Vorteil wurde ein Nachteil

Im harmonisierten europäischen Vergleich lagen die Arbeitskosten 2008 in Österreich bei 26,4 Euro je geleisteter Stunde und in Deutschland bei 27,9 Euro. Österreich war damit rund fünf Prozent günstiger.

2025 liegt Österreich bei 46,3 Euro je Stunde, Deutschland bei 45,0 Euro. Seit 2008 sind die Arbeitskosten damit in Österreich um rund 75 Prozent gestiegen, in Deutschland um rund 61 Prozent.

Die Differenz von gut einem Euro entscheidet nicht über einen Industriestandort. Die Richtung ist dennoch bemerkenswert: Der frühere österreichische Kostenvorteil gegenüber Deutschland ist verschwunden und hat sich inzwischen leicht umgekehrt.

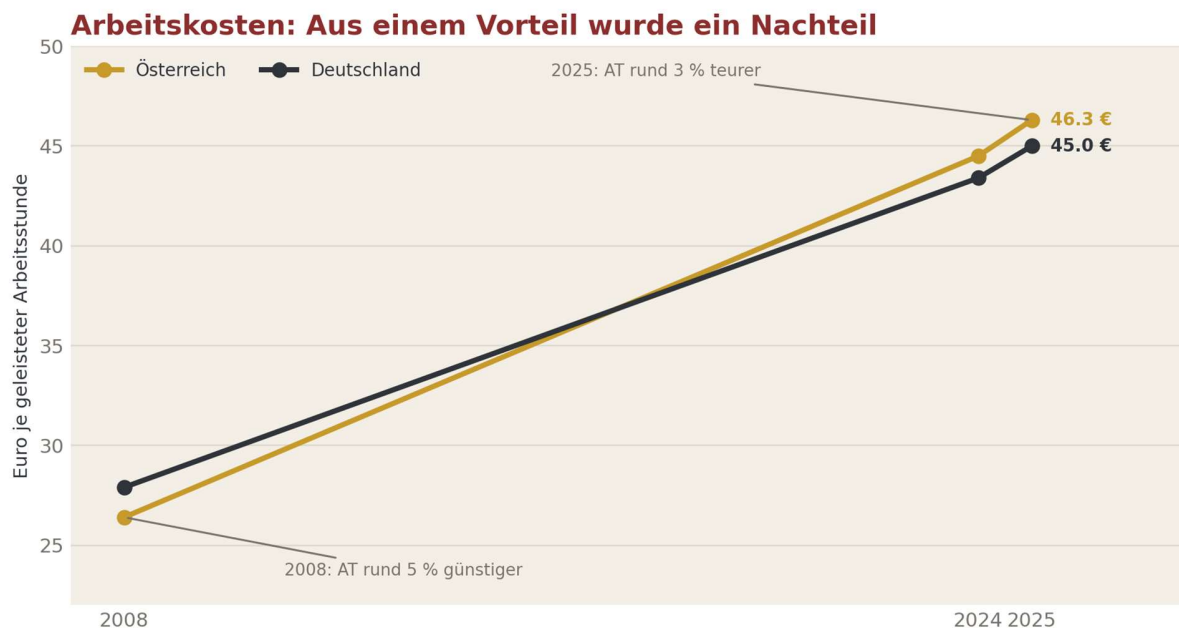


Abb. 3 | Harmonisierte Arbeitskosten je geleisteter Stunde. Quelle: Eurostat/Destatis; 2025 Jahresschätzung.

Österreich hat Deutschland bei den Arbeitskosten überholt - nicht bei der Produktivitätsdynamik.

4 | Der Steuerkeil: Arbeit ist teuer, beim Arbeitnehmer kommt trotzdem wenig an

Der OECD-Tax-Wedge misst für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder, welcher Anteil der gesamten Arbeitgeberkosten durch Einkommensteuer sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge beansprucht wird.

2025 beträgt dieser Steuerkeil in Deutschland 49,3 Prozent, in Österreich 47,1 Prozent und in der Schweiz 23,0 Prozent. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 35,1 Prozent. Österreich gehört damit weiterhin zu den am stärksten belasteten Arbeitsstandorten der OECD.

Das erzeugt eine ausgesprochen ungünstige Schere: Für Unternehmen ist Arbeit teuer, während beim Arbeitnehmer ein deutlich kleinerer Teil der gesamten Kosten als verfügbares Einkommen ankommt. Ein leistungsfähiger Sozialstaat darf Geld kosten. Je höher dieser Preis wird, desto stärker muss er sich allerdings an seinen Ergebnissen messen lassen.

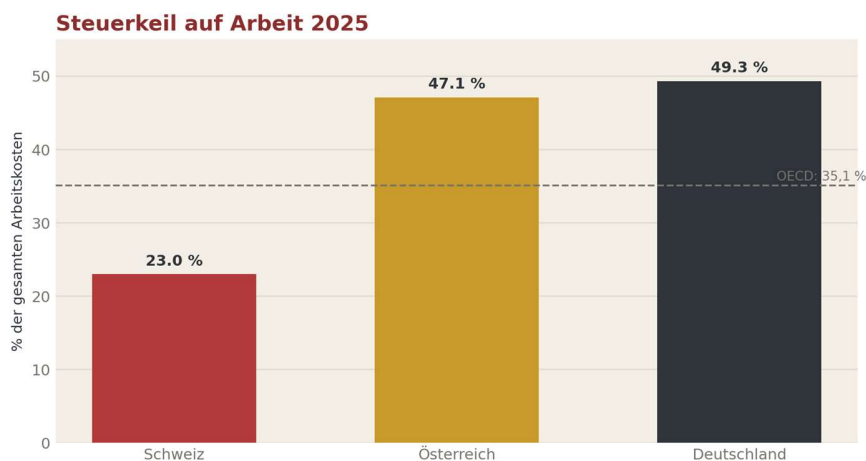


Abb. 4 | OECD Tax Wedge 2025. Standardfall: alleinstehend, kinderlos, 100 % des Durchschnittslohns.

5 | Preise: Österreich ist ein teureres Land geworden

Nach den nationalen Verbraucherpreisindizes ist das österreichische Preisniveau zwischen 2000 und 2025 um rund 85,8 Prozent gestiegen. In Deutschland beträgt der kumulierte Anstieg rund 61,5 Prozent. Besonders schmerzhaft war die Inflationswelle nach 2020.

2025 lag die durchschnittliche Inflation in Österreich noch bei 3,6 Prozent. Deutschland kam auf 2,2 Prozent, die Schweiz auf 0,2 Prozent.

Noch aussagekräftiger für den aktuellen Standortvergleich ist der harmonisierte Preisniveauindex von Eurostat. Bei den Konsumausgaben privater Haushalte liegt Österreich 2025 bei 113,0 Punkten, Deutschland bei 108,3 und die Schweiz bei 171,3; der EU-Durchschnitt entspricht 100.

Österreich ist damit im durchschnittlichen Konsumpreisniveau rund vier Prozent teurer als Deutschland. Die Schweiz bleibt erheblich teurer, verfügt jedoch zugleich über ein deutlich höheres Einkommens- und Produktivitätsniveau.



Abb. 5 | Preisniveau der Konsumausgaben privater Haushalte 2025, EU27 = 100. Quelle: Eurostat/Statistik Austria.

6 | Der Staat: Hohe Einnahmen, trotzdem wenig fiskalischer Spielraum

Die OECD-Steuer- und Abgabenquote beträgt 2024 in Österreich 43,4 Prozent des BIP, in Deutschland 38,0 Prozent und in der Schweiz 27,2 Prozent. Österreich gehört damit zur absoluten Spitzengruppe der OECD.

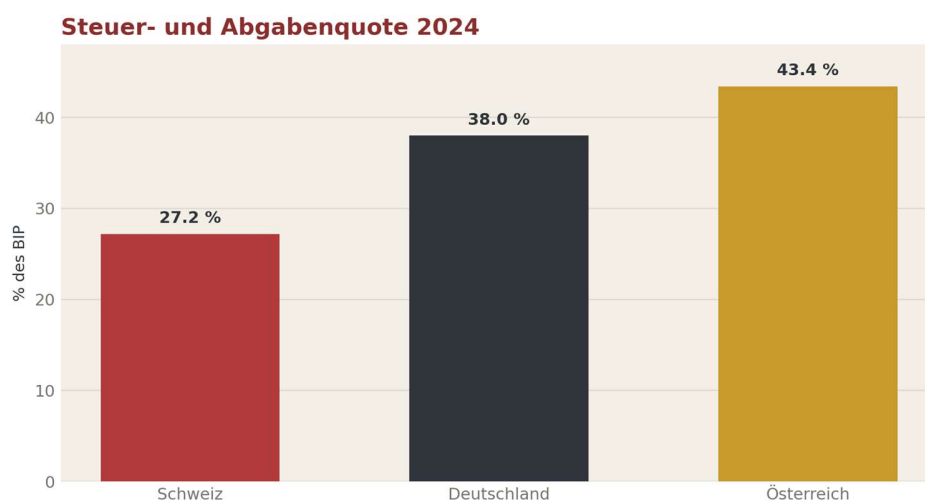


Abb. 6 | Steuer- und Abgabenquote 2024. Quelle: OECD Revenue Statistics 2025.

Der Schweizer Wert braucht eine Fußnote: Verpflichtende private Finanzierungsbeiträge, insbesondere im Gesundheitsbereich, werden in der klassischen Steuerquote nicht vollständig erfasst. Die Schweiz ist daher nicht einfach ein 27-Prozent-Staat. Der österreichische Befund ändert sich dadurch allerdings nicht.

Österreichs Problem entsteht beim zweiten Blick. Ende 2025 beträgt der öffentliche Schuldenstand 418,1 Milliarden Euro beziehungsweise 81,5 Prozent des BIP. Das Maastricht-Defizit liegt bei 21,5 Milliarden Euro beziehungsweise 4,2 Prozent des BIP.

2019 lag die Schuldenquote noch bei 71,0 Prozent. 2024 waren es 80,0 Prozent, 2025 81,5 Prozent. Hohe Staatseinnahmen, eine hohe Schuldenquote und gleichzeitig ein erhebliches Defizit ergeben eine wirtschaftspolitisch unangenehme Kombination.

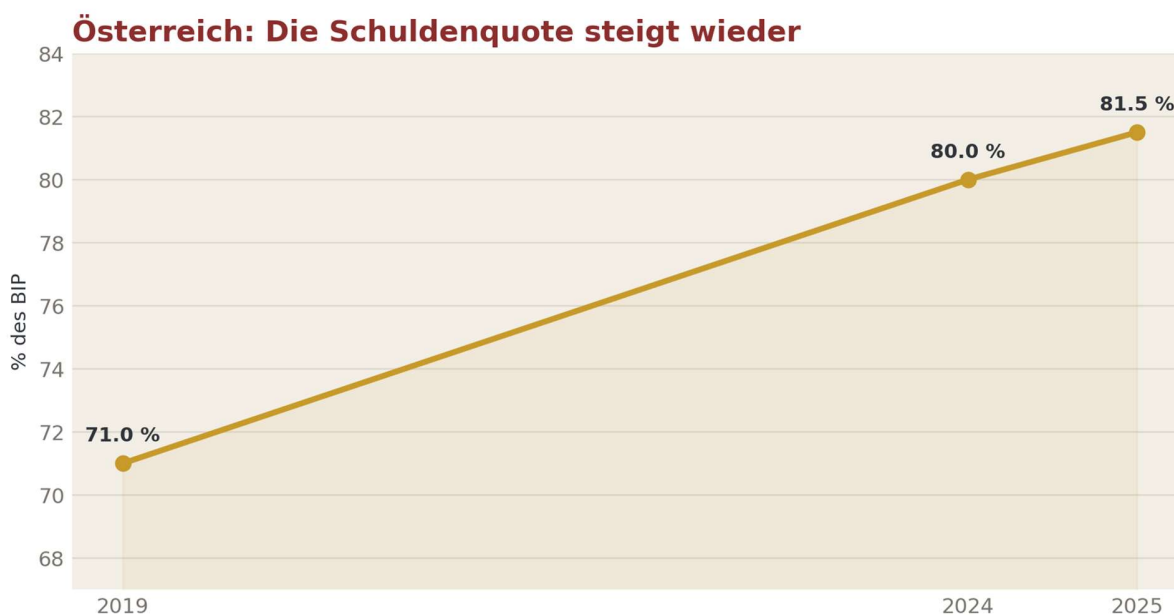


Abb. 7 | Österreichische Maastricht-Schuldenquote. Quelle: Statistik Austria.

Die entscheidende Frage lautet nicht nur, wie viel der Staat einnimmt - sondern was Bürger und Unternehmen dafür erhalten.

7 | Der Haushalt entscheidet: Was bleibt nach dem Grundbedarf?

Makroökonomische Statistiken haben eine charmante Eigenschaft: Niemand bezahlt seine Stromrechnung in Prozent des BIP. Am Ende entscheidet deshalb der Haushalt.

Österreichs Konsumerhebung 2024/25 weist durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben von 4.170 Euro aus. Davon entfallen 1.100 Euro auf Wohnen und Energie sowie 484 Euro auf Ernährung und alkoholfreie Getränke. Zusammen beanspruchen diese beiden Gruppen rund 38 Prozent der Konsumausgaben.

Deutschland kommt 2023 auf durchschnittlich 3.032 Euro Konsumausgaben, davon 1.137 Euro für Wohnen, Energie und Instandhaltung sowie 436 Euro für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. In der Schweiz entsprechen die amtlichen Haushaltswerte 2023 nach Umrechnung mit dem Jahresdurchschnittskurs rund 5.196 Euro Konsumausgaben, davon etwa 1.491 Euro für Wohnen und Energie sowie 657 Euro für Ernährung.

Diese drei Erhebungen sind wegen unterschiedlicher Kategorien, Haushaltsstrukturen und Erhebungsjahre ausdrücklich keine Rangliste. Ihre gemeinsame Botschaft ist dennoch eindeutig: Je stärker unvermeidbare Grundkosten steigen, desto weniger sagt ein nomineller Einkommenszuwachs über tatsächlichen materiellen Fortschritt aus.

Haushalte: Drei nationale Momentaufnahmen

Alle nominalen Geldbeträge in Euro; wegen unterschiedlicher Erhebungen ausdrücklich keine Rangliste.

Österreich 2024/25	Deutschland 2023	Schweiz 2023*
Konsumausgaben 4.170 €	Konsumausgaben 3.032 €	Konsumausgaben ca. 5.196 €
Wohnen & Energie 1.100 €	Wohnen, Energie, Instandh. 1.137 €	Wohnen & Energie ca. 1.491 €
Ernährung 484 €	Nahrung, Getränke, Tabak 436 €	Ernährung ca. 657 €
Grundbedarf am Konsum 38,0 %	beide Gruppen am Konsum 51,9 %	beide Gruppen am Konsum 41,3 %

* Schweizer CHF-Werte mit dem ECB-Jahresdurchschnitt 2023 (0,9718 CHF je EUR) umgerechnet.

Abb. 8 | Nationale Haushaltsbudgeterhebungen. Schweizer Franken zum ECB-Jahresdurchschnitt 2023 in Euro umgerechnet; keine direkte Rangliste.

8 | Was Österreich in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts besser gelang

Österreich profitierte nach 2000 von mehreren Faktoren gleichzeitig: der wirtschaftlichen Öffnung Mittel- und Osteuropas, seiner geografischen Lage, einer wettbewerbsfähigen Industrie, der engen Einbindung in den deutschen und mitteleuropäischen Produktionsraum sowie über lange Zeit von moderateren Kostensteigerungen und realen Produktivitätsfortschritten.

Diese Welt ist heute schwieriger geworden. Energie ist zu einem bedeutenderen Standortfaktor geworden. Die Bevölkerung altert. Kapital und qualifizierte Arbeitskräfte sind international mobiler. Regulatorische Belastungen wirken in einem globalen Investitionswettbewerb schneller. Digitalisierung und künstliche Intelligenz erhöhen den Produktivitätsdruck. Geopolitische Risiken verändern Lieferketten.

Eine erfolgreiche Strategie für die kommenden Jahrzehnte kann deshalb nicht darin bestehen, das Österreich des Jahres 2005 nachzubauen. Einige wirtschaftliche Grundsätze altern allerdings erstaunlich langsam: Ein Standort kann auf Dauer nur verteilen, was vorher erwirtschaftet wurde.

9 | Die österreichische Krankheit ist nicht Armut, sondern Stagnation

Der Drei-Länder-Vergleich liefert ein differenzierteres Urteil als sowohl Untergangserzählungen als auch politische Beschwichtigungen. Österreich ist weiterhin wohlhabend. Aber mehrere zentrale Größen bewegen sich gleichzeitig in einer problematischen Kombination:

- Reales BIP pro Kopf: 2025 leicht unter dem Niveau von 2019.
- Produktivität je Stunde: seit 2020 praktisch ohne nennenswerten Fortschritt.
- Arbeitskosten: 2025 im harmonisierten Vergleich höher als in Deutschland.
- Faktor Arbeit: Tax Wedge von 47,1 Prozent für den OECD-Standardfall.
- Preisniveau: 2025 über Deutschland und deutlich über dem EU-Durchschnitt.
- Staatsfinanzen: hohe Abgabenquote, Defizit von 4,2 Prozent und Schuldenquote von 81,5 Prozent.

Jeder einzelne Punkt wäre beherrschbar. Zusammen ergeben sie ein strukturelles Problem.

10 | Wie findet Österreich zurück?

Die wirtschaftspolitische Antwort lässt sich aus den Daten ableiten, noch bevor über Parteien gesprochen wird.

Erstens muss der Faktor Arbeit entlastet werden, ohne die Entlastung über neue Schulden zu finanzieren. Zweitens müssen Staatsausgaben stärker nach ihrer Wirkung und weniger nach historisch gewachsenen Strukturen beurteilt werden. Drittens braucht der Standort mehr Investitionssicherheit, schnellere Verfahren und geringere regulatorische Fixkosten. Viertens muss Energiepolitik Versorgungssicherheit und Standortkosten ebenso ernst nehmen wie ökologische Ziele. Fünftens muss Produktivitätswachstum wieder zu einer zentralen wirtschaftspolitischen Kennzahl werden.

Die Schweiz ist kein Bauplan für Österreich. Währung, Wirtschaftsstruktur, Föderalismus und Sozialversicherung unterscheiden sich fundamental. Sie zeigt aber einen einfachen Zusammenhang: Ein europäisches Hochlohnland muss nicht billig sein, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es muss genügend Wert je Arbeitsstunde erzeugen.

Das Urteil nach 25 Jahren

Österreichs wirtschaftliche Geschichte seit 2000 ist keine Geschichte des Abstiegs in die Armut. Sie ist die Geschichte eines Landes, das mit einem beträchtlichen Wohlstandsvorsprung in dieses Jahrhundert gestartet ist, realen Fortschritt erzielt hat, aber zunehmend Schwierigkeiten bekommt, diesen Vorsprung durch Produktivität und neues Wachstum zu erneuern.

Wohlstand ist ein Bestand. Produktivität ist der Motor, der ihn erneuert.

Österreich besitzt den Bestand noch. Der Motor läuft zunehmend im Leerlauf.

Die wirtschaftspolitische Kernfrage lautet deshalb nicht, wie der vorhandene Wohlstand noch etwas länger verteilt werden kann. Sie lautet, wie Österreich wieder jene Kombination aus Produktivität, Investitionen, wettbewerbsfähigen Kosten und realem Einkommenswachstum erreicht, die Wohlstand nicht nur verwaltet, sondern neu erzeugt.

**Österreich muss nicht erst reich werden.
Es muss wieder lernen, wie Wohlstand entsteht.**

Daten & Methodik

Untersuchungszeitraum: 2000 bis 2025. Wo für 2025 noch keine international harmonisierte Endjahresreihe vorliegt, wird der jüngste verfügbare harmonisierte Wert verwendet und das betreffende Jahr genannt. Reales BIP pro Kopf und Produktivität werden als kaufkraftbereinigte Indizes dargestellt. Absolute nominale Geldbeträge werden in Euro angegeben. Schweizer Haushaltswerte werden für die Lesbarkeit mit dem ECB-Jahresdurchschnittskurs des Erhebungsjahres umgerechnet.

Arbeitskosten werden im internationalen Vergleich ausschließlich nach harmonisierter Eurostat-Abgrenzung verwendet. Haushaltsbudgetdaten werden wegen unterschiedlicher nationaler Erhebungsdefinitionen nicht als direkte Rangliste interpretiert. Die Schweizer Steuerquote wird wegen obligatorischer privater Sozial- und Gesundheitsfinanzierung außerhalb der klassischen Steuerdefinition mit entsprechender Einschränkung gelesen.

Quellen

- OECD National Accounts - reales BIP pro Kopf, kaufkraftbereinigt.
- OECD Productivity Database / Compendium of Productivity Indicators 2026 - reales BIP je Arbeitsstunde.
- Eurostat und Destatis - harmonisierte Arbeitskosten je geleisteter Stunde 2008, 2024 und 2025.
- OECD Taxing Wages 2026 - Tax Wedge 2025.
- OECD Revenue Statistics 2025 - Steuer- und Abgabenquote 2024.
- Statistik Austria - Verbraucherpreisindex 2025; Preisniveauvergleich; Konsumerhebung 2024/25; öffentliche Finanzen 2025.
- Destatis - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2023; Verbraucherpreisindex.
- Bundesamt für Statistik Schweiz - Haushaltsbudgeterhebung 2023; Konsumentenpreise.
- Europäische Zentralbank - CHF/EUR Referenzwechselkurse, Jahresdurchschnitt.
- Agenda Austria - Arbeitskosten- und Staatsausgabenanalysen als ergänzende Plausibilitätskontrolle.